

Zeltweger

NACHRICHTEN

Nummer 125

Ausgabe 125, Februar 2021

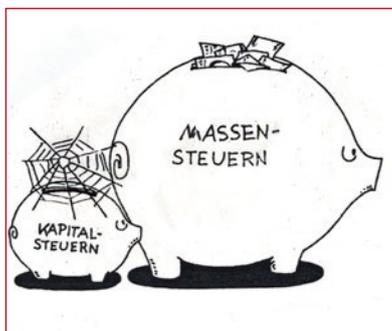
Zeitung der **KPÖ ZELTWEG**

Periodisches Informationsblatt der steirischen KPÖ. Österreichische Post/AG Postengelt bar bezahlt

Gemeinden werden finanziell ausgehungert Österreich hat viertgrößte Millionärsdichte Europas

Schon vor der Corona-Krise war die finanzielle Situation der Gemeinden nicht rosig, die finanzielle Ausstattung durch Bund und Land völlig ungenügend. Nun hat sich die Situation verschärft. 2022 gibt es nur aufgrund von Entnahmen aus den Rücklagen kein Minus im Budget, in den nächsten Jahren wird sich daran nichts ändern.

Die Wirtschaft hat von der Regierung Milliardenförderungen ohne Rückzahlungsverpflichtung erhalten. Im Gegensatz dazu werden Unterstützungsmittel, die Gemeinden erhalten haben, vom Bund bei künftigen Auszahlungen wieder einbehalten. Das ist genau das Gegenteil einer sozial gerechten Umverteilungspolitik, die so dringend notwendig wäre.



800 Mio. weniger für Gemeinden

Auch die „ökosoziale“ Steuerreform der schwarz-grünen Bundesregierung bringt eine zusätzliche Belastung. Sie wird den Gemeinden rund 800 Millionen Euro an Einnahmeverlust bringen. Deshalb, weil große Unternehmen durch die Senkung der Körperschaftssteuer weniger Steuern zahlen werden.

Diese Einnahmen fehlen dann im Steuertopf. Somit wird auch anteilmäßig weniger an die Gemeinden ausgeschüttet. Das wird unserer Gemeinde mehrere hunderttausend Euro kosten. Ein Steuergeschenk an die Reichen auf Kosten der Gemeinden – und damit letztlich auf Kosten der GemeindebürgerInnen.

Reiche wurden auch in Corona-Krise reicher

Eine Schweizer Studie hat festgestellt, dass Österreich im Pandemiejahr 2020 mit 4,5 Prozent die viert-höchste Millionärsdichte Europas hat. In Österreich ist der Reichtum besonders ungleich verteilt. Dem-



nach besitzen zehn Prozent der Bevölkerung mehr als 57 Prozent des gesamten Privatvermögens. Insgesamt ist der Reichtum in Europa im Krisenjahr 2020 trotz Rückgang der Wirtschaftsleistung auf das Rekordniveau von 69 Billionen Euro gestiegen. Wir meinen: Eine solche Konzentration von Reichtum ist unsozial, undemokratisch und unmoralisch.

Insbesondere im Mittelfristigen Finanzplan wird die Unterfinanzierung der Gemeinden deutlich. KPÖ-Gemeinderat Peter Lorberau hat aus Protest gegen die ungerechte Steuerpolitik gegen den Mittelfristigen Finanzplan gestimmt.

Gegen Privatisierungen

Im letzten Jahr wurde der Verkauf eines Teils der Zeltweger Gemeindewohnungen beschlossen. In Zeiten von finanziellen Engpässen steigt der Druck auf die Gemeinden „Familiensilber“ zu verkaufen. Das ist kurzsichtig, eine handlungsfähige Gemeinde braucht öffentliches Eigentum. Die KPÖ lehnt Privatisierungen grundsätzlich ab.

Fortsetzung ➔

Fortsetzung ➔

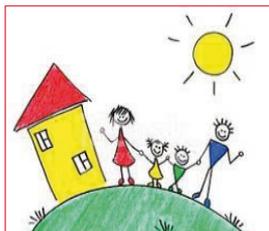
Die Aufgabe einer sozialen Gemeinde: Den Menschen das Leben leichter machen!



Sorgen über die Zukunft oder die Gesundheit, Vereinsamung, psychische oder finanzielle Probleme. Viele Menschen durchleben gerade schwere Zeiten. Eine Gemeinde kann sicherlich nicht alle Probleme abfangen, aber

vieles wäre umsetzbar wenn genug Geld bereitgestellt werden würde.

Gerade in den Zeiten der Krise hat die öffentliche Hand die Aufgabe die Menschen zu unterstützen, Hoffnung und Sicherheit zu geben. Dass den Gemeinden das Geld fehlt ist ein großes Problem, gegen das wir gemeinsam ankämpfen müssen. Es ist genügend Geld vorhanden, es ist nur in den falschen Händen!



In Graz hat die Koalition aus KPÖ, Grünen und SPÖ sich zum Ziel gesetzt eine sozialere, demokratischere und freundlichere Stadt zu schaffen. In Graz wurden die Gebührenerhöhungen ausgesetzt und die Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit und Parteienförderungen gesenkt. Daran sollte sich die Stadt Zeltweg ein Beispiel nehmen.

Heizkostenzuschuss: KPÖ beantragt Erhöhung

In der vergangenen Periode wurde auf Anregung der KPÖ ein Heizkostenzuschuss der Gemeinde Zeltweg eingeführt. Er beträgt 50 Euro und wurde seit dem nicht erhöht. Das tägliche Leben wird immer teurer, die Ausgaben für Energie steigen besonders stark. Die KPÖ hat daher beantragt den Heizkostenzuschuss der Stadtgemeinde von 50 auf 80 Euro zu erhöhen.

Die Richtlinien des Zeltweger Zuschusses sind weniger restriktiv als jede des Landes. Es können daher mehr Menschen unterstützt werden. Das ist gut und wichtig. Durch steigende Energiekosten ist es aber notwendig den Betrag zu erhöhen

Leider wurde unser Antrag nicht angenommen, sondern den Sozialausschuss zugewiesen. Dadurch ist es nicht möglich noch in diese Winter einen höheren Zuschuss auszubezahlen, bzw. wie von uns vorgeschlagen Personen die bereits einen Heizkostenzuschuss bekommen haben die Differenz zu zahlen.

Wir hoffen das es aber zumindest im nächsten Jahr zu einer Erhöhung kommt.

Gemeinderat: Wieder Umlaufbeschlüsse

Seit Beginn der Coronakrise werden immer wieder Gemeinderatsbeschlüsse per Umlauf gefasst. Die Gemeinderäte stimmten also per E-Mail ab.

Die KPÖ hat bereits im Vorjahr kritisiert, dass auch kontroverse Themen auf diesem Weg abgestimmt werden. Themen, bei denen eine Diskussion notwendig wäre. Der Gipfel war der Beschluss über den Verkauf eines Teils der Gemeindewohnungen per Umlauf. Hier hat die SPÖ offenbar die öffentliche Diskussion gescheut.

Auch heuer wurden bereits wieder Umlaufbeschlüsse gefasst. Keine Gemeinde in unserer Region nutzt die Möglichkeit von Umlaufbeschlüssen so wie Zeltweg.

Wenn Maßnahmen, wie Maskenpflicht und Abstände eingehalten werden, kann die Ansteckungsgefahr deutlich gesenkt werden. Der Gemeinderat ist auch gewählt um seine Beschlüsse zu diskutieren und die beste Entscheidung im Sinne der ZeltwegerInnen zu treffen. In allen Bereichen wird, mit entsprechenden Maßnahmen gearbeitet, auch der Gemeinderat muß die Arbeit machen für die er gewählt wurde.

KPO

EINE ANDERE STEIERMARK IST MÖGLICH!

MACH MIT!

Es ist an der Zeit: Nimm Dir ein Herz und werde KPÖ-Mitglied!

Die KPÖ Steiermark zeigt: Eine andere Politik ist möglich – mit Freundlichkeit, Solidarität und Widerstand! Damit es schon bald in vielen Orten in der ganzen Steiermark Erfolge wie in Graz geben kann, brauchen wir auch Dich: Der richtige Zeitpunkt, aktiv zu werden, ist jetzt. Werde Mitglied der KPÖ und hilf tatkräftig mit, die soziale Alternative in der ganzen Steiermark weiter aufzubauen. Schreib uns eine Mail oder ruf uns einfach an!

☎ 03512 822 40
✉ knittelfeld@kpoe-steiermark.at

Aus dem Gemeinderat

Essen auf Rädern

Ab 01. April 2022 wird die Aktion „Essen auf Räder“ an den Hubertushof vergeben. Zuletzt war dafür die Servus GmbH Klagenfurt zuständig. Wir freuen uns, dass der Auftrag nun an eine Zeltweger Firma vergeben wurde, wie wir es uns bereits bei der Ausschreibung gewünscht hätten.

Lebensmittelgutscheine

Die Stadtgemeinde vergibt an bedürftige ZeltwegerInnen bis zu vier Mal im Jahr Lebensmittelgutscheine. Diese wurden nun von 30 auf 50 Euro erhöht. Wir begrüßen diesen wichtigen Schritt, in Zeiten der Teuerungswelle. **Die Gutscheine können bei der Abteilung Bürgerservice beantragt werden.**

Solaranlagen

Der Gemeinderat hat Förderrichtlinien für Solar- und Photovoltaikanlagen beschlossen. Diese werden seit 01.01.2022 mit bis zu 150 Euro gefördert.

Sitzungsplan

Die Sitzungen des Gemeinderats finden an folgenden Terminen statt:

31. März

23. Juni

29. September

15. Dezember

Gemeinderatssitzungen sind öffentlich und können von allen interessierten BürgerInnen besucht werden.

Reich. Reicher. Es reicht!

Seit Pandemiebeginn hat sich das Vermögen der zehn reichsten Menschen der Welt verdoppelt. Auf der anderen Seite lebt jeder Zehnte unter der Armutsgrenze – und 25.000 Menschen verhungern jeden Tag. Der alltägliche Wahnsinn namens Kapitalismus.

KPÖ

Liebe Zeltwegerinnen und Zeltweger! Gewinner und Verlierer der Krise

Während es für viele arbeitenden Menschen finanziell immer enger wird, sind die Reichen selbst während der Krise noch vermögender geworden. Das reichste Prozent der österreichischen Bevölkerung allein besitzt unglaubliche 39 Prozent des Gesamtvermögens!
Höchste Zeit, hier gegenzusteuern!



Die KPÖ Steiermark fordert daher gerade jetzt, damit die Kosten der Corona-Krise nicht den arbeitenden Menschen umgehängt werden: Her mit einer Reichensteuer auf Vermögen von mehr als einer Million! Diese würde nur die Reichsten vier Prozent der Bevölkerung betreffen, aber uns allen zu Gute kommen!

Klar ist natürlich: Das Grundübel der gewaltigen Vermögensungleichheit wird es geben, solange es den Kapitalismus gibt. Ihn zu überwinden und eine Gesellschaft zu erkämpfen, in der das Wohl von uns allen wichtiger ist als die Profitinteressen einer kleinen Minderheit, das muss natürlich unser Ziel sein. Gerade jetzt braucht es aber erste kleine Schritte in diese Richtung. Eine Vermögenssteuer für die Superreichen wäre ein solcher Schritt, damit die arbeitenden Menschen besonders in diesen schweren Zeiten nicht noch mehr geschunden werden.

Ihr KPÖ-Gemeinderat

Peter Lorberau

E-Mail: p.lor49@hotmail.com

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Knittelfeld-Zeltweg, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld. F.d. Inhalt verantwortlich: Josef Meszlenyi. Druck: Fa. Gutenberghaus



Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens, UWW-Nr.744, 8720 Knittelfeld

KPÖ-Sozialfonds 2021



9.311 €
 ...für 173 Murtaler:innen in Notlagen
 statt für die eigene Tasche.
 Das war der Tag der offenen Konten der KPÖ Murtal!

KPÖ

**KPÖ-StR. Renate Pacher, KPÖ-Klubobfrau
 Claudia Klimt-Weithaler, KPÖ-Bezirkssekretär
 Josef Meszlenyi und DSA Karin Gruber**

Seitdem KPÖ-MandatarInnen in Funktionen gewählt wurden die mit einem hohen Politikerbezug verbunden sind liefern sie einen beträchtlichen Teil in den KPÖ-Sozialfonds ab. Für KPÖ-MandatarInnen gibt es eine Einkommensgrenze von 2.300 Euro.

Mit den eingezahlten Geldern werden bedürftige Menschen unterstützt. Jedes Jahr legen wir die Verwendung dieser Gelder in einer Pressekonferenz offen. Auch in der Obersteiermark gibt es den KPÖ-Sozialfonds. Wir führen Sozialsprechstunden durch, in denen wir von unserer Sozialarbeiterin Karin Gruber unterstützt werden.

Bezirkssekretär Josef Meszlenyi gab einen Überblick: „Die Armut weitet sich in der Krise aus. Es sind viele Menschen zu uns gekommen die noch nicht bei uns waren. Wir beobachten auch, dass es immer mehr junge Menschen sind die Unterstützung benötigen. Vor allem Wohnkosten sind für viele schwer zu bewältigen.“ Mit Unterstützung von Claudia Klimt-Weithaler konnten wir erstmals mit über 9000 Euro unterstützen.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler berichtete: „Durch unsere Sprechstunden bekommen wir einen tiefen Einblick in die Lage von Menschen für die sich andere Parteien überhaupt nicht interessieren.“ Für viele Menschen wirken Arbeitslosigkeit bzw. Kurzarbeit nach, Ersparnisse sind aufgebraucht.

DSA Karin Gruber wies darauf hin das oft auch eine Vollzeitbeschäftigung kein sicherer Schutz vor Armut ist. Viele Menschen sind in der Schuldenfalle und müssen sogar Schulden machen um Schulden zu bezahlen.

KPÖ-Sozialfonds 2021

Bezirk Murtal

Zinsen und Rest von 2020	12,36 €
Einzahlungen 2021	
LAbg. Werner Murgg	4.680,00 €
KO Claudia Klimt-Weithaler	4.620,00 €

Summe 9312,36 €

Ausgaben:

Für 173 Unterstützungsfälle: 9.311,00 Euro
 Saldo: plus für 2021 1,36 Euro

KPÖ Sozialfonds Obersteiermark West

Seit Oktober 2005 gab es **2557 Unterstützungsfälle**, die mit einer Gesamtsumme von **136.953,87 Euro** unterstützt wurden.

KPÖ-Sozialfonds steiermarkweit:

Gesamtausgaben für Sozialunterstützungen:
214.940,77 Euro für 1.694 Personen.

Seit 1998 wurden von der KPÖ **21.733 Familien und Personen** mit einer Gesamtsumme von **2.623.542,97 Euro** unterstützt.

Josef Meszlenyi schloss die Pressekonferenz mit einem Ausblick: „An der Wichtigkeit unseres Sozialfonds wird sich in Zukunft nichts ändern. Die Preise steigen in nie gekannte Höhen. Heizung, Strom, Lebensmittel, die Kosten wachsen den Menschen über den Kopf. Die Hilfe die wir bieten ist nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Darum ist es wichtig für grundlegende Veränderungen in der Gesellschaft zu kämpfen“.

Abgehobene Politiker-Gehälter führen zu abgehobener Politik.

Darum gibt es bei der KPÖ eine Gehalts-
 obergrenze:

Unsere Mandatar:innen behalten sich von ihren Polit-Bezügen **maximal 2.300 Euro** und helfen mit dem großen Rest Menschen in Notlagen.

Seit 1998 sind so mittlerweile über **2,6 Millionen Euro** bei 21.733 Steirerinnen und Steirern in Notsituationen statt in den Taschen unserer Mandatar:innen gelandet. Weil **„Helfen statt Reden“** bei der KPÖ keine leere Floskel, sondern gelebte Praxis ist!

Nachruf:

KPÖ trauert um einen unbeugsamen Genossen

Am 01. Februar 2022 ist unser langjähriger Judenburger Gemeinderat und Parteimitglied Mag. Johann Erschbaumer im 86. Lebensjahr verstorben.

Geboren wurde Hans Erschbaumer am 18. 10. 1936 in Südtirol. Er hatte eine schwere Kindheit, er litt Zeit seines Lebens unter den Folgen der Kinderlähmung und wuchs im Heim auf. In der Steiermark trat er zunächst der SPÖ bei und war Gemeindegemeinsekretär in Vordernberg (Bezirk Leoben). Das Unverständnis für die kapitalismuskritische Haltung und die Doppeltzungigkeit der SPÖ prägte sein politisches Leben.

Seine Hinwendung zur KPÖ bedeutete den Verlust des sicheren Arbeitsplatzes. Am 1. Juli 1958 trat er der KPÖ bei und schaffte als Arbeiter im Hüttenwerk Donawitz im zweiten Bildungsweg die Matura.

Auch das Studium der Geographie und Geschichte an der Universität Graz konnte er erfolgreich abschließen. Während dieser Zeit arbeitete er auch als Portier im Grazer Volkshaus der KPÖ.

Als Mittelschulprofessor am Judenburger Gymnasium schuf er sich großes Ansehen über Parteigrenzen hinweg. Im Jahr 1980 schaffte er als Spitzenkandidat den Wiedereinzug der KPÖ in den Gemeinderat von Judenburg, dem er 17 Jahre lang angehörte. Dabei setzte er sich für die Rechte der arbeitenden Menschen ein und unterstützte die großen Kämpfe der Belegschaft und der Bevölkerung gegen die Zerschlagung des damaligen VEW-Betriebes, die in einer Großdemonstration im Jahr 1986 ihren Höhepunkt hatten.



Auch in der Pension unterstützte er die Arbeit seiner Partei in Judenburg und der Steiermark solange es seine Kräfte zuließen. Für seine Frau Christine war er während ihrer Jahre im Gemeinderat eine wichtige Stütze. Als Sammler von fortschrittlicher Literatur hat er einen Beitrag zur Aufarbeitung der KPÖ-Geschichte im Aichfeld geleistet.

Die KPÖ wird das Andenken an Hans Erschbaumer stets bewahren, unser Mitgefühl gilt seiner Frau, Genossin Christine Erschbaumer.

Magere Pensionserhöhung

Hohe Inflation frisst Pensionen auf

Pensionen ab einer Höhe von 1.300 Euro brutto wurden mit 1.1.2022 um 1,8% erhöht, Ausgleichszulagenbezieher und Pensionen bis 1000 Euro erhalten plus 3%. bei Pensionen zwischen 1.000 und 1.300 Euro wird eine „Einschleifregelung“ eingeführt. Das bedeutet für den Großteil der Pensionisten einen Kaufkraftverlust, da die offiziell ausgewiesene Teuerungsrate für die Zeit zwischen August 2020 bis Juli 2021,

das ist die „Beobachtungszeit“, die für die Pensionsanpassung 2022 herangezogen wird, zwar ebenfalls 1,8% beträgt, die Erhöhung um 1,8% aber brutto ausgezahlt wird. Davon allerdings sind die Sozialversicherungsbeiträge und eine eventuelle Steuererhöhung durch die kalte Progression abzuziehen, d.h. netto bleiben weniger als die 1,8% übrig.



Frühstarterbonus statt Hacklerregelung

Mit dem Jahr 2022 wird die sogenannte Hacklerregelung – die abschlagsfreie Pension bei 45 Beitragsjahren ab dem 62. Lebensjahr wieder abgeschafft und der Abschlag von 4,2% wieder eingeführt. Stattdessen gilt der Frühstarterbonus. Wer zwischen dem 15. und 20. Lebensjahr Beitragsmonate erworben hat, erhält pro Monat einen (!) Euro gutgeschrieben, also maximal 60 Euro plus.

Sprechstunde mit Sozialberatung

mit DSA Karin Gruber
Mittwoch 2. März
im Parteiheim der KPÖ Knittelfeld
KPÖ-Knittelfeld
03512/ 822 40
DSA Karin Gruber
0316/877 5 101

Airpower – heuer in Grün?



Immer häufigere Umwelt-ereignisse und Katastrophen machen deutlich, dass sich die Klimakrise verschärft und

dass ein anderer Umgang mit der Umwelt und den natürlichen Ressourcen dringend notwendig ist. Dass eine Veranstaltung wie die Airpower in diesem Zusammenhang nicht mehr zeitgemäß ist, wird immer mehr Menschen bewusst.

Das merken auch die Verantwortlichen und deshalb wird versucht der heuer geplanten Veranstaltung ein grünes Mäntelchen umzuhängen. Wie so oft wird auch hier die Verantwortung vor allem auf den/die Einzelne/n abgewälzt. Zum Beispiel sollen die Besucher mit öffentlichen Verkehrsmitteln anreisen um die Umwelt nicht mit Autoabgasen zu belasten.

Das ist bezeichnend für den Umgang mit dem Klimawandel: Die arbeitenden Menschen sollen die Welt retten indem sie weniger Energie verbrauchen, weniger Fleisch essen und weniger mit dem Auto fahren.



Das sind wichtige Punkte, dennoch sind für den größten Teil der klimaschädlichen Emissionen weltweit die großen Konzerne und die profitgetriebene Produktionsweise verantwortlich. Nicht zu unterschätzen ist auch die Energie- und

Ressourcenverschwendung, die Rüstung, Armeen und Kriege verursachen. Während wir also unseren ökologischen Fußabdruck verkleinern sollen, zeigt der Staat, dass man Tausende Liter Kerosin einfach so verbrennen kann.

Geld für Soziales- und Gesundheit – statt für Shows mit Kampfflugzeugen

Gerade jetzt gibt es so viele Bereiche in denen Geldmittel dringend gebraucht würden. Zum Beispiel wurde trotz Pandemie nichts unternommen um die Kapazitäten im Gesundheitssystem auszubauen. Viele Menschen stecken noch immer in den finanziellen Schwierigkeiten, in die sie die Pandemie gebracht hat. Die Teuerung - besonders im Energiebereich - verschärft diese Probleme noch.

Das Grundkonzept der Airpower – massiver Treibstoffverbrauch von Kampf- und Zivilflugzeugen in der Luft und Besuchermassen bei der Anreise – ist mit Klimaschutz nicht vereinbar. **Noch wäre Zeit die Airpower abzusagen.**

In Zeiten der Klimakrise für eine Alternative zur Airpower



Die KPÖ lud anlässlich des Abschlusses der Weltklimakonferenz in Glasgow zur Pressekonferenz nach Knittelfeld. Im Bild der Spielberger KPÖ-GR Erich Wilding, KPÖ Klubobfrau Claudia Klimth-Weithaler und KPÖ-GR Josef Meszlenyi.

Während von der Bevölkerung ein Umdenken und nachhaltiges Verhalten gefordert wird, werden Ressourcen verschwendet als gäbe es kein Morgen.

KPÖ-GR Erich Wilding: „Die Airpower steht für einen verantwortungslosen Umgang mit Ressourcen und Umwelt. Wenn man von den Menschen ein Umdenken fordert, muss man das auch vorleben. Die KPÖ hat sich darum ein Konzept für eine nachhaltige und ökologisch sinnvolle Alternative zur Airpower überlegt.“ *

Vorgeschlagen wird eine Veranstaltung im Murtal, die die Katastrophenschutzkapazitäten des Bundesheeres und anderer Einsatzorganisationen in den Mittelpunkt stellt. Unter Einbeziehung von KlimaexpertInnen soll eine mehrwöchige Veranstaltung geplant werden, die sich zum Ziel setzt das Bewusstsein über die Auswirkungen der Klimakrise zu stärken.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimth-Weithaler betont: „Österreich und die Steiermark hinken bei der Erreichung der Klimaziele hinterher, in dieser Situation Steuergeld für so eine Veranstaltung auszugeben ist widersinnig. Die KPÖ hat die Airpower von Anfang an aus nachhaltigkeits- und friedenspolitischen Gründen abgelehnt. Durch die Verschärfung des Klimawandels wäre es umso drängender über Alternativen nachzudenken. Man kann viel über Nachhaltigkeit reden, man kann aber auch etwas tun!“

KPÖ-GR Josef Meszlenyi: „Die derzeitigen Bemühungen der Airpower eine grünes Mäntelchen umzuhängen sind absurd. Knittelfeld ist Klimaschutzgemeinde. Wer den Klimaschutzgedanken ernst nimmt kann nicht für die Airpower sein. Ich halte es aber nicht nur aus Klimaschutzgründen, sondern auch aus friedenspolitischen Gründen für verwerflich Kampf- und Zivilflugzeuge zu verharmlosen und Waffen zur Volksbegeisterung zu präsentieren“.

* **Interessierten schicken wir unser Konzept gerne zu. KPÖ-Knittelfeld, Tel.: 03512/82240, Mail: knittelfeld@kpoe-steiermark.at**

Bundesheer und Neutralität Mitspielen bei der EU-Militarisierung?

Das österreichische Bundesheer hat laut Verfassung den Auftrag die Souveränität und Neutralität Österreichs bewaffnet zu schützen. Dazu bekennen wir uns. Dafür braucht man keine teuren Abfangjäger oder kostspielige Auslandseinsätze.

In den letzten Jahren und Jahrzehnten gibt es eine besorgniserregende Entwicklung. Das Bundesheer wird fit gemacht um mit NATO-Armeen für gemeinsame Einsätze kompatibel zu sein. In diesem Zusammenhang ist auch die Kaufentscheidung für den Eurofighter zu sehen, aber auch die Teilnahme an den EU-Battlegroups, die an sich schon ganz klar der Neutralität widersprechen.

Was macht das Bundesheer in Afrika?

Auch die Auslandseinsätze des Bundesheeres finden nun vor allem im Rahmen von NATO und EU-Missionen statt. Unter anderem im Kosovo, zeitweise in Afghanistan oder in Mali. Dort ist Österreich an der Ausbildung einer Armee beteiligt, der im laufenden Bürgerkrieg schwere Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen werden und die sich in den vergangenen Jahren mehrfach an die Macht geputscht hat.

Völkerrechtswidrige Kriege

Die NATO will mehr Soldaten in den Irak entsenden. Verteidigungsministerin Klaudia Tanner hatte erklärt Österreich sei zur Entsendung von „mindestens zehn, bei Bedarf auch mehr“ Soldaten in den Irak bereit. Die Militärpräsenz in vielen Staaten ist das Ergebnis völkerrechtswidriger Angriffskriege, wie gegen Jugoslawien, Afghanistan, Syrien, Libyen oder den Irak.

Durch eine aktive Vermittlungspolitik und echte Entwicklungszusammenarbeit könnte Österreich viel besser zu einer friedlichen Entwicklung beitragen. **Das neutrale Österreich hat bei solchen Militäreinsätzen nichts verloren!**

Airpower - gedanklicher Türöffner

Bei der Airpower werden die Faszination der Technik und spektakuläre Vorführungen dazu benutzt Waffen zu verharmlosen und Akzeptanz für Kriegsgeräte und Militäreinsätze zu schaffen. Auch das ist einer der vielen Gründe warum wir die Airpower ablehnen.

Meinst du die Russen wollen Krieg?

... so lautete der Titel eines Gedichts des russischen Dichter Jewgeni Jewtuschenko in den 60er Jahren. Leider hat sich an der antirussischen Propaganda in all den Jahrzehnten nicht viel geändert. Trauriges Beispiel ist der Ukraine-Konflikt.

Anfang der 90er Jahre, als sich das Warschauer Militärbündnis aufgelöst hat und Deutschland wiedervereignet wurde, wurde Russland zugesagt, dass sich die NATO nicht nach Osten ausdehnen werde. Seitdem haben sich die Grenzen der NATO weit nach Osten verschoben. Die meisten ehemaligen Verbündeten Russlands bzw. der Sowjetunion sind mittlerweile NATO-Mitglied. Im Baltikum ist das Militärbündnis direkt an die Grenzen Russlands herangerückt.

Die NATO ist nicht bereit einen Beitritt der Ukraine auszuschließen, NATO-Truppen sind bereits in der Ukraine stationiert. Russland wird eingekreist und fürchtet um seine Sicherheit. Hinter dieser Politik der NATO stehen die weltpolitischen und wirtschaftlichen Interessen der USA. Der Konflikt in der Ukraine wird aufgestachelt um Russland unter Druck zu setzen.

Die EU spielt dieses Spiel mit – gegen die Interessen der Menschen in Europa. Der Frieden in Europa ist in Gefahr. Daraus könnte ein Weltenbrand entstehen. Ein Krieg in der Ukraine brächte unsägliches Leid in den betroffenen Regionen und wäre mit massiven Fluchtbewegungen verbunden. Die wirtschaftlichen Auswirkungen wären unabschätzbar.

Je näher eine Militärmacht an die Grenze einer anderen Militärmacht heranrückt, desto gefährlicher wird es. Eine Abrüstung, der Waffen und der Worte, die Schaffung einer entmilitarisierten Zone und verlässliche Sicherheitsgarantien sind dringend nötig.

Militärausgaben 2020*

NATO: 1.103 Milliarden US-Dollar

USA ohne NATO: 778 Milliarden US-Dollar

Russland: 62 Milliarden US-Dollar

*Quelle: Stockholmer Friedensforschungsinstitut



*Wir wünschen allen
Zeltwegerinnen und Zeltwegern
alles Gute für 2022,
soziale Sicherheit,
Frieden und viel Gesundheit!*



Ihr KPÖ-Gemeinderat Peter Lorberau und die KPÖ-Zeltweg

Protest der Pflegekräfte

Ohne bessere Arbeitsbedingungen und faire Entlohnung sind die Probleme nicht zu lösen



Tausende Pflegebeschäftigte haben in den letzten Monaten in vielen österreichischen Städten eindrucksvolle Zeichen für

die Forderung nach besseren Arbeitsbedingungen gesetzt. Vor dem LKH-Knittelfeld haben sich viele Menschen versammelt. Auch die KPÖ hat den Protest unterstützt.

Die Pflegekrise lässt sich nicht mehr leugnen. Laut OECD-Vergleich liegt Österreich bei der Anzahl der Pflegepersonen mit 7,7 pro 1.000 EinwohnerInnen europaweit im untersten Drittel, hinter Staaten wie Tschechien, Slowenien. Dadurch ist der Druck auf die einzelnen Beschäftigten enorm.

Jede zweite Pflegekraft denkt regelmäßig ans Kündigen. Schuld daran sind laut einer Umfrage unter Spitalpflegekräften hauptsächlich die sehr harten Arbeitsbedingungen und die schlechte Bezahlung.

Viele Beschäftigte - Pflegekräfte, ÄrztInnen und KrankenpflegerInnen - leisten Großartiges, aber sie arbeiten am Limit. Sie brauchen dringend eine Entlastung. Gute Arbeitsbedingungen und faire Gehälter wirken besser gegen Personalmangel als jede Image- und Werbekampagne.

Trotz der Missstände im Pflegebereich sind auf bundes- und landespolitischer Ebene keine Lösungen in Sicht. Stattdessen wird die Anwerbung von Pflegepersonal aus Kolumbien oder den Philippinen vorbereitet.

Die medizinische Versorgung, Pflege und Betreuung von Menschen ist eine schöne, aber auch sehr schwere und verantwortungsvolle Aufgabe. Es braucht faire Arbeitsbedingungen und endlich die entsprechende Entlohnung!

Die wichtigsten Forderungen:

- ▶ Mehr Personal & Anhebung des Pflege-Schlüssels
- ▶ Bessere Bezahlung und mehr Freizeit für das Pflegepersonal

- ▶ Deutliche Aufstockung der Ausbildungsplätze gegen den Personalnotstand
- ▶ Höhere finanzielle Unterstützung für Menschen in Pflege-Ausbildungen

Es braucht mehr Personal!



In der Pflege brennt der Hut! Die Beschäftigten in den Spitälern und Pflegeheimen arbeiten seit Jahren am Limit.

Anstatt dem endlich Rechnung zu tragen und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten zu verbessern, stellten

sich SPÖ und ÖVP weiterhin auf stur. Sie stimmten im Landtag gegen den KPÖ-Antrag, den Personalschlüssel in den Spitälern und Pflegeheimen endlich anzuheben.

Am Bettenabbau wird festgehalten!

Die Corona-Pandemie hat deutlich vor Augen geführt, dass es einen Ausbau der medizinischen Kapazitäten braucht um die Versorgung auch in Ausnahmesituationen zu sichern.

Im Gegensatz dazu setzt die steirische ÖVP/SPÖ-Landesregierung den Abbau von Spitälern und Spitalsabteilungen fort. Nun soll die Abteilung der Allgemeinchirurgie in Bruck geschlossen und nach Leoben übersiedelt werden. Von den derzeit 15 Spitälern sollen fünf bis acht zugesperrt, hunderte Spitalsbetten abgebaut werden. Schon in den vergangenen Jahren gab es es etliche Schließungen:

- Geburtenstation in Wagna (2012)
- Geburtenstation in Bruck (2012)
- Interne Abteilung Stolzalpe (2012)
- Geburtenstation Voitsberg (2013)
- Chirurgie und Anästhesiologie Mürzzuschlag (2013)
- Teilschließung Ambulanz Mariazell (2014)

So eine Zusperrpolitik ist verantwortungslos!